

# 10 Fragen zum Bildungs-Volksbegehren

**Unterschreiben oder nicht? Von 3. bis 10. November liegen am Gemeindeamt die Listen auf. NEWS hat die wichtigsten Infos zum Bildungsvolksbegehren.**

**D**ie Politik war schneller: Ein Jahr ist es her, dass Hannes Androsch im Grant über den Stillstand in der Bildungspolitik die Idee eines Volksbegehrens gebar. Im Frühjahr 2011 sollte es so weit sein, dann dauerte doch alles ein wenig länger. Inzwischen hat die Regierung die Oberstufe neu, den Ausbau der Ganztagschulen und zuletzt die Abschaffung der Hauptschule beschlossen, die Neue Mittelschule wird zur Regelschule.

Freilich stocken auch viele Reformen, und die Forderungen des Volksbegehrens sind längst nicht umgesetzt. Aber der Zorn hat vielleicht schon etwas nachgelassen. Dass Androsch kürzlich Studiengebühren nicht mehr grundsätzlich außer Frage stellte, wird von

vielen ebenfalls als wenig hilfreich für den Erfolg des Volksbegehrens zur Kenntnis genommen. Die Initiatoren hoffen davon unbeirrt auf einen Erfolg.

51.511 Unterstützungserklärungen, so die jetzt offizielle Zahl, haben sie schon gesammelt. Eine Woche ist nun Zeit, diese Zahl zu vervielfachen. NEWS beantwortet die wichtigsten Fragen:

## 1 Was will das Volksbegehren?

**Antwort:** Die Reizworte Studiengebühren und Gesamtschule gibt es im Forderungskatalog nicht. Sie wurden bewusst weggelassen, um mögliche Unterstützer nicht abzuschrecken. Sehr wohl gibt es aber die Forderung nach einer „gemeinsamen Schule bis zum Ende der Schulpflicht“, was

auf die Gesamtschule hinausläuft. Außerdem sollen „vom Kindergarten bis zu den Hochschulen alle sozialen Zugangshürden abgebaut und das studentische Förderungswesen nachhaltig ausgebaut“ werden, was als Nein zu Studiengebühren interpretiert werden kann, aber nicht muss. Ganz allgemein fordern die Initiatoren ein „faires, effizientes und weltoffenes Bildungssystem, das vom Kleinkind an alle Begabungen fördert und Schwächen ausgleicht“, Schulen ohne Einfluss von Parteien, mehr ganztägige Schulen und Kindergärten oder eine Aufwertung der Lehrer. Der staatliche Beitrag für die Universitäten soll bis 2020 auf zwei Prozent des BIP steigen.

## 2 Wer steckt dahinter?

**Antwort:** Hannes Androsch. Der Industrielle und Exvizekanzler ist Bevollmächtigter, seine Stellvertreter sind die Unternehmensberaterin Gundl Wentner, ÖVP-Bildungsexperte Bernd Schilcher, der Präsident der Industriellenvereinigung Veit Sorger und Hans Sünkel, ehemaliger Rektorenchef. Beppo Mauhart, früher Chef der Austria Tabak und ÖFB-Präsident, zieht mit PR-Profi Ingrid Vogl die Fäden in der Zentrale. Am Forderungstext haben mehrere Organisationen, Lehrer, Eltern, Kindergartenpädagogen, Studenten, Schüler, Rektoren, Erwachsenenbildner und Experten mitgearbeitet.

## 3 Wer finanziert die Kampagne?

**Antwort:** Sponsoren. Finanzielle Unterstützung kommt ▶

**Darf's ein bisschen mehr sein?**  
Beppo Mauhart, Hannes Androsch, Veit Sorger, Eva Glawischnig (Grüne), Bernd Schilcher, Ingrid Vogl, Exminister Rudolf Edlinger (v. r.) bei der Übergabe der Unterstützungserklärungen.



FOTO: BILDUNGSVOLKSBEGEHREN/HASLINGER

## NEWS hat die Antworten





## »Das Begehren kann sich keine Partei als Erfolg auf die Fahnen heften.«

Beppo Mauhart

### Das Anliegen ist überparteilich. Aber nicht alle Parteien sind dafür.

► von Androschs Firmen AT&S und Salinen Austria, aber auch von Bank Austria und Linz AG. Der pekuniäre Beitrag der Industriellenvereinigung dürfte kleiner ausfallen als vielfach vermutet: Die IV soll als Mitinitiatorin nur selbst Spenden bei ihren Mitgliedern gesammelt haben. Mit Sachleistungen helfen etwa die Wiener Städtische Versicherung, die das Büro zur Verfügung stellt, sowie mehrere Medienunternehmen. Eine Bäckereikette spendet Gebäck für die Zentrale.

„Wir haben bei weitem nicht die finanzielle Unterstützung, die wir uns erhofft hatten“, klagt Ingrid Vogl. Mit rund 2,5 Millionen Euro habe man gerechnet, aber: „Wenn es bis zum Schluss 1,2 Millionen werden, sind wir gut.“ Viele, die anfangs Hilfe zugesagt haben, hätten sich zurückgezogen. Vogl hofft daher auf die Mobilisierungskraft der unterstützenden Organisationen (siehe Frage 4) – man müsse sich bei der Werbekampagne

auf die „sehr, sehr sparsame Variante“ beschränken. Freilich: Im Vergleich zu anderen Volksbegehren sind die Ressourcen noch beachtlich.

#### 4 Wer ist für das Volksbegehren?

**Antwort:** Androsch betont gebetsmühlenartig die Überparteilichkeit des Begehrens. Klar dafür sind aber nur die SPÖ und die Grünen, auch BZÖ-Chef Josef Bucher will unterschreiben. Den Grünen waren die Forderungen anfangs zu schwammig, jetzt gehören sie zu den größten Unterstützern. Bei der SPÖ engagieren sich vor allem Teil- oder nahestehende Organisation wie die Kinderfreunde, der Bund sozialdemokratischer Akademiker, mehrere Landesparteien, der Pensionistenverband oder die sozialdemokratischen Lehrer. Unterschreiben wird auch SPÖ-Bildungsministerin Claudia Schmied.

Die Arbeiterkammer ist klar für das Volksbegehren,

genau wie die SPÖ-nahen Vertreter im ÖGB. Dafür sind auch verschiedene unabhängige Gewerkschaften.

Zustimmung kommt aber auch aus dem anderen Lager: Neben der Industriellenvereinigung, deren Präsident Veit Sorger intensiv die Werbetrommel rührt, sind auch die Katholische Aktion, die Katholischen Elternvereine, der Katholische Familienverband Oberösterreichs, die Österreichische Hoteliervereinigung oder das Wirtschaftsforum der Führungskräfte für das Volksbegehren.

Aus dem Bildungsbereich unterstützen die Plattform Educare, der Bundesverband der Elternvereine an mittleren und höheren Schulen, der Dachverband der Kindergarten- und Hortpädagoginnen oder die Plattform „Wir LehrerInnen fürs Bildungsvolksbegehren“ die Anliegen. Auch der neue Präsident der Rektorenkonferenz Heinrich Schmidinger steht dem Volksbegehren positiv gegenüber. Die Bun-

des-ÖH begrüßt grundsätzlich den Anstoß zu Reformen, hat aber in vielen Punkten Vorbehalte und bastelt noch an einer endgültigen Position. Das Liberale Forum ist dafür.

Prominente Unterstützer sind etwa Josef Hader, Karl Markovics, Lukas Resetarits, Oscarpreisträger Stefan Ruzowitzky, Ex-Astronaut Franz Viehböck, Fußballer David Alaba oder Danielle Spera.

#### 5 Wer ist gegen das Begehren?

**Antwort:** Die ÖVP ist dagegen. Besonders deutlich wurde das, als der steirische ÖVP-Chef Hermann Schützenhöfer den ÖVP-Sympathisanten quasi freigestellte, das Volksbegehren zu unterschreiben. Die Bundespartei reagierte verstört. ÖVP-Bildungssprecher Werner Amon sagt auf Anfrage: „Ich kann niemandem empfehlen, das Volksbegehren zu unterschreiben.“ Es gehe jetzt ohnehin etwas weiter. Wirtschaftskammerchef Chris- ►



**Kulturprominenz und andere Helfer:** Moderatorin Eva Pözl, Schauspieler Cornelius Obonya, Regisseur Stefan Ruzowitzky mit Unterstützern aus der Wirtschaft.

## 9 Was wird aus den Unterschriften?

**Antwort:** Bekommt das Bildungsvolksbegehren mehr als 100.000 Unterschriften, wird es dem Parlament zur Behandlung vorgelegt. Dazu wird es zuerst dem zuständigen Ausschuss zugewiesen, später berät der gesamte Nationalrat. Die Forderungen sind aber nicht bindend, der Nationalrat muss sie also nicht umsetzen.

## 10 Was bringt ein Volksbegehren?

**Antwort:** Bisher gab es 34 Volksbegehren in der Zweiten Republik. Das erste war 1964 das Rundfunkvolksbegehren, das tatsächlich zum Rundfunkgesetz führte. Seither ist die Auswirkung von Volksbegehren auf die Gesetzgebung bescheiden. Vielmehr geht es darum, Aufmerksamkeit oder Stimmung für ein Thema zu schaffen. Am erfolgreichsten war 1982 das Volksbegehren gegen den Bau des Wiener Konferenzentrums: Es bekam 1.361.562 Unterschriften. Das Konferenzzentrum wurde trotzdem gebaut. Auf Platz zwei liegt das Gentechnik-Volksbegehren von 1997. Die Forderung nach einem gentechnikfreien Österreich ist zumindest im Lebensmittelbereich großteils umgesetzt. Das dritterfolgreichste Volksbegehren für ein Veto gegen Temelín wurde nicht umgesetzt.

■ Hanna Simons

**Unterschreiben?** Machen Sie den Test auf [www.news.at](http://www.news.at)

## Volksbegehren: viel Wirbel, wenig Wirkung.

► toph Leitl will Reformen lieber durch Zusammenarbeit mit der Regierung umsetzen. Die Fraktion Christlicher Gewerkschafter ist dagegen, Fritz Neugebauer, Chef der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst, hält das Begehren für „entbehrlich“. Dagegen sind großteils auch die Lehrer-gewerkschafter. Die Bildungsplattform Leistung & Vielfalt hat sich als Gegenpol zum Volksbegehren gegründet.

Für die FPÖ ist das Volksbegehren eine „Ansammlung der bildungspolitischen Positionen der SPÖ“. Wissenschaftsminister Karlheinz Töchterle (ÖVP) unterschreibt nicht: Er würde dann ja ein Begehren an sich selbst unterschreiben, heißt es aus seinem Büro.

## 6 Wer darf unterschreiben?

**Antwort:** Das Volksbegehren können alle österreichischen Staatsbürger unterzeichnen,

die spätestens am 10. November ihren 16. Geburtstag feiern und in Österreich einen Hauptwohnsitz haben. Lichtbildausweis mitnehmen. Wer bereits eine gültige Unterstützungserklärung unterschrieben hat, ist nicht stimmberechtigt. Diese Stimme wird automatisch eingerechnet.

## 7 Wo kann ich unterschreiben?

**Antwort:** In der Regel am Gemeindeamt bzw. Magistratischen Bezirksamt oder im Rathaus, in manchen größeren Städten gibt es zusätzliche Eintragungslokale. Die Eintragung ist von Donnerstag, 3. November, bis Donnerstag, 10. November, möglich. Die Eintragungslokale müssen an Werktagen von 8 bis 16 Uhr durchgehend offen sein (zweimal bis 20 Uhr), am Wochenende von 8 bis 12 Uhr (Ausnahme: Gemeinden mit weniger als 2.500 Einwohnern).

## 8 Was, wenn ich nicht da bin?

**Antwort:** Wer in der Eintragungswoche nicht zuhause ist, kann direkt bei der Heimatgemeinde eine Stimmkarte beantragen. Schriftlich geht das per Fax oder E-Mail bis 6. November (bzw. bis 8. November um 12 Uhr, wenn eine bevollmächtigte Person die Stimmkarte persönlich abholt). Passnummer oder Ausweiskopie mitschicken.

Mündlich kann man die Stimmkarte direkt am Gemeindeamt bis 8. November um 12 Uhr beantragen (Ausweis mitnehmen). Die Stimmkarte kann dann in der Eintragungswoche in jedem Eintragungslokal in Österreich abgegeben werden. Wer im Ausland ist, kann nicht teilnehmen. Bettlägerige Personen können bei der Gemeinde den Besuch einer Eintragungsbehörde beantragen und brauchen ebenso eine Stimmkarte.